

## **Präsidentenwahlkampf und inneramerikanische Waffengewalt** **Über die Ohnmacht der Politik gegenüber Bürgerbewaffnung, privater und polizeilicher Waffengewalt – Amokläufe bewirken keine Umkehr**

*von Professor Dr. Arthur Kreuzer, Gießen*

In wenigen Wochen endet der amerikanische Wahlkampf um das Präsidentenamt. Er war überschattet von einer Vielzahl größerer und kleinerer Bluttaten. Nur an drei Amokläufe sei erinnert:

Ende Juli die „Aurora-Tragedy“: Der 24-jährige Student James Holmes dringt mit Sturmgewehr, Remington-Shotgun, Glock-Pistole und Tausenden Schuss Munitioin in die Premiere des neuen Batman-Films in Aurora, nahe Denver/Colorado. Wahllös schießt der Computerspiel-Besessene auf Besucher. 12 Todesopfer, 60 Verletzte sind das Ergebnis. Eine Ladehemmung des Sturmgewehrs verhütet noch Schlimmeres. Er ist wegen Massenmordes angeklagt.

Zwei Wochen später erschießt der Neonazi Wade Michael Page nach dem Verlust von Job und Freundin sieben Besucher eines Tempels der Sikhs in Milwaukee/Wisconsin. Drei werden schwer verletzt. Anschließend erschießt sich der Attentäter.

Nach nur einer weiteren Woche folgt der Amoklauf des 43-jährigen psychisch kranken Waffennarrs Thomas Caffall in Texas. Er schießt auf den Gerichtsvollzieher, Passanten und herbeigerufene Polizisten. Drei Tote und viele Verletzte gehen auf sein Konto.

### **Politiker sehen hilflos zu**

Eigentlich Anlässe genug für Politiker und die beiden Präsidentenwahlkandidaten, sich endlich für strengere Waffenkontrollgesetze zu entscheiden. So könnte man meinen. Doch weit gefehlt. Die „Times“ spricht von „einem Sommer leicht erhältlicher Waffen und toter Kinder“. Politiker erweisen sich in der Waffenfrage wieder mal als hilflos, ja feige, wie ein Kommentator befindet. In der „New York Times“ liest man dieser Tage, Politiker, die es eigentlich besser wissen, seien durch die Tyrannei der Waffenlobby zu Inaktivität und Schweigen verdammt.

Der amtierende Präsident Barack Obama war seinerzeit angetreten mit dem Versprechen, wenigstens das 2004 abgelaufene Verbot des Verkaufs von Sturmgewehren mit großen Magazinen an Private zu erneuern. Er hat es nicht geschafft. Nach dem Aurora-Massaker hüllte er sich zunächst in Schweigen zum Waffenrecht, erklärte dann sehr zahm, Sturmgewehre gehörten in die Hände von Soldaten, nicht in die von Kriminellen. Käufer müssten stärker überprüft werden. Psychisch Kranken und Kriminellen sollte der Schusswaffenerwerb erschwert werden. Er weiß, ein Vorgänger als demokratischer Präsidentenwahlkandidat, Al Gore, war u.a. gescheitert, weil er sich für ein restriktiveres Waffenrecht ausgesprochen hatte.

Sein Gegenspieler, der Republikaner Mitt Romney, hatte als Gouverneur von Massachusetts sogar ein Verbot privater Käufe von Sturmgewehren durchgesetzt. Nun erklärt er das für einen Fehler. Demonstrativ hielt er seine erste Rede als Kandidat für das Präsidentenamt bei dem Jahreskongress der mächtigen Waffen-Lobby. Die National Rifle Association (NRA) zählt einige Millionen Mitglieder und ist einer der einflussreichsten Sponsoren von Politikern. Romney gibt sich jetzt als vehementer Gegner strengerer Waffenkontrollgesetze

und Verteidiger eines Rechts jedes Bürgers auf Erwerb und Besitz jedweder Waffe. Ganz anders der ebenfalls republikanische New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg. Er wirft beiden Kandidaten eine zögerliche Haltung vor. Das bringt die Waffen-Lobby in Rage. Bloombergs „skrupelloser Versuch, das Blut Unschuldiger zu benutzen, um seine radikale politische Agenda umzusetzen“, sei „ekelerregend“, so äußert sich der Geschäftsführer der Waffen-Lobby-Organisation Dudley Brown zu Bloombergs Reaktion auf den Amoklauf von Aurora. Noch drastischer war die Forderung des mit Romney einst konkurrierenden republikanischen Kandidaten Newt Gingrich. Er hatte versprochen, als Präsident wolle er den Vereinten Nationen ein Abkommen zur weltweiten Verankerung des Rechts auf privaten Waffenbesitz vorlegen. Beiden Präsidentschaftskandidaten ist bewusst, dass es politischem Selbstmord gleichzukommen scheint, wenn man sich etwa für die Abschaffung der Todesstrafe oder eine drastische Einschränkung von Bürgerbewaffnung einsetzt.

### **Gründe für politisches Versagen**

Diese Europäern unbegreiflich erscheinende politische Hilflosigkeit gegenüber dem amerikanischen Waffenkult und seiner Lobby erklärt sich vor allem aus drei Befunden:

*Erstens* ist es der tradierte „American dream“ des Einwanderervolkes. Jeder Bürger sei seines eigenen Glückes Schmied; er müsse sich gegen Widersacher verteidigen. Das hat schon 1791 Niederschlag gefunden im 2. Zusatzartikel zur „Bill of Rights“, der amerikanischen Verfassung: „Da eine wohl organisierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.“ Heute könnte man das allerdings sehr einengend auslegen. Private Milizen sollte es nicht mehr geben, und „Waffen“ müssen nicht Schuss- oder gar Kriegswaffen sein.

Solcher Neu-Interpretation des Zusatzartikels steht freilich *zweitens* die Rechtsprechung des US-Supreme Courts entgegen. Das Gericht hat zuletzt 2010 dieses Bürgerrecht mit seiner konservativ geprägten Mehrheit knapp mit 5:4 Stimmen gefestigt. Gesetze der Stadt Chicago hatten Waffenbesitz Privater von einer Lizenz abhängig gemacht und den Verkauf vieler Arten von Schusswaffen untersagt. Das Verfassungsgericht sah darin eine Verletzung des 2. Zusatzartikels, der nicht nur den Bund, sondern auch die Einzelstaaten und Regionalverwaltungen binde. Bezeichnenderweise feierte die NRA diese Entscheidung als einen „großen Tag in der Geschichte der USA“.

*Drittens* sind Politiker besonders in den USA stark beeinflusst von Lobby-Sponsoren, namentlich der mächtigen NRA. Der US-Supreme Court hatte 2010 nahezu unkontrolliertes politisches „Sponsoring“ für legal erklärt. Nach einem aktuellen Bericht von CNN geht dieser Einfluss sogar so weit, dass die NRA Datenerfassungen über fehlsamen Waffeneinsatz hintertreibt und den Politikern fälschlich suggeriert, die Bevölkerung würde in ihrem Wahlverhalten von Forderungen nach restriktiveren Waffengesetzen negativ beeinflusst.

### **Verfügbarkeit von Waffen fördert missbräuchlichen Einsatz**

Kriminologisch beurteilt, halten die mehr oder minder demagogischen, im Kern aber auch von vielen Entscheidungsträgern für richtig befundenen Argumente der Waffen-Lobby wissenschaftlicher Überprüfung nicht Stand. Auf solche Argumente stieß man vor einigen Jahren auch hierzulande, als sich entsprechende Lobbyisten und wenige konservative Politiker für eine Liberalisierung des deutschen Waffenkontrollrechts stark machten; sie haben sich bei uns nicht durchgesetzt, aber zumindest eine wirksamere faktische Waffenkontrolle behindert:

“It’s not the weapon, it’s the man who kills” – lautet eine wohlfeile Argumentation. Sicher: Der Mensch betätigt die Waffe. Aber er täte es nicht, besäße er sie nicht. Die Verfügbarkeit der Waffe verführt zu ihrer Verwendung. Je mehr Waffen in privater Hand, um so häufiger ihr Einsatz. Waffen werden durch Bürger selten in echter Selbstverteidigung eingesetzt. Weitaus häufiger sind diese Situationen: Der Waffenbesitzer begeht mit der Waffe Selbstmord; er erkennt eine harmlose Lage als solche der Notwehr und schießt auf den vermeintlichen Angreifer; der Angreifer vermutet den Waffenbesitz des Opfers und kommt der Verteidigungshandlung durch den Einsatz der eigenen Waffe zuvor; der Waffennarr erschießt im Affekt nach einem Streit die Partnerin; kriminalitätsbereite Waffeneigner setzen die Waffe bei Überfällen ein; Kinder von Waffenbesitzern bemächtigen sich der Waffe zum Spiel und verursachen Unfälle. Eine frühere Vergleichsstudie zur Wirksamkeit jeweiliger Waffen-Kontrollstrategien zwischen zwei sozial vergleichbaren benachbarten Millionenstädten bestätigt diese Erkenntnis: Die Gewaltkriminalität, namentlich bei Tötungen mit Schusswaffeneinsatz, war in dem amerikanischen Seattle drastisch höher als die in dem kanadischen Vancouver. Wesentlicher Unterschied: Seattle praktiziert eine schwache, Vancouver eine starke Einschränkung von privatem Waffenumgang.

Aber die verquere Logik der Waffen-Lobby führt in einen Teufelskreis: Nach dem Massaker von Aurora behauptete einer ihrer Sprecher, das Verbot, im Kino Waffen zu tragen, habe verhindert, dass sich Besucher mit eigenen Waffen hätten verteidigen und so retten können. Folgerichtig kam es nach den Amokläufen zum Ansturm auf Waffengeschäfte. Der Umsatz boomte. Sogar Universitäten hoben wegen der Massaker das Verbot, am Campus Waffen zu tragen, auf. Zunehmend bewaffnen sich Studierende. Und Kinobesucher geben im Internet zu Protokoll, sie würden nie mehr unbewaffnet ins Kino gehen.

### **Messbare Folgen fehlender Waffenkontrolle**

Ausgewählte nüchterne Daten aus amtlichen Erhebungen und Schätzungen von Experten zum Waffenumgang sprechen eine beredte Sprache: Ein Drittel amerikanischer Haushalte verfügte 2010 über Schusswaffen. Dass dieser Anteil gegenüber dem von 50 % 1973 rückläufig ist, wird mit demografischen Veränderungen in Verbindung gebracht. Die Anteile „Weißer“ und Jüngerer – wichtigste Bevölkerungsgruppen für privaten Waffenbesitz – nehmen ab. Waffenbesitzer legen sich aber immer mehr Waffen zu. Sie stellen ein Prozent der Weltbevölkerung dar und verfügen über ein geschätztes Drittel aller Schusswaffen der Welt in privater Hand. Die Zahl ihrer Pistolen und Gewehre soll zwischen knapp 200 und gut 300 Millionen liegen. 30.000 Menschen sterben jährlich in den USA durch Waffeneinsatz, davon drei Fünftel bei Selbstmord, zwei Fünftel bei Tötungsdelikten. Gallup ermittelte 2011, die Mehrheit der Bevölkerung sei sogar gegen ein Verbot privaten Erwerbs von Sturmgewehren.

Das ist die eine, die private Seite der Medaille amerikanischen Waffenkults. Die andere, die staatlich-polizeiliche, spiegelt sich in jüngst vom Statistikbüro des US-Justizministeriums veröffentlichten Daten wider. Nur freiwillig werden Tötungen durch Polizisten bei oder nach Festnahmen dem Büro gemeldet. Es sind immerhin etwa 500 jährlich. Das Dunkelfeld dürfte mindestens nochmal so groß sein. Spitzenreiter sind dabei Kalifornien, Texas und Florida. Verglichen mit Deutschland, wo jährlich 5-10 Personen durch Polizei erschossen werden, bedeutet das eine etwa zwanzig- bis fünfzigfach höhere Tötungsrate. Ausschlaggebend für die günstige Lage bei uns dürfte sein, dass die deutsche Polizei eine vergleichsweise deutlich bessere Ausbildung und Besoldung genießt. Außerdem unterliegt sie weitaus strengeren Rechtsvorschriften. Dienstwaffen dürfen lediglich als äußerstes Mittel eingesetzt werden, wenn andere Abwehr und Warnschüsse nicht ausreichen und eine erhebliche Gefahr vorliegt.

Auch ist unsere Polizei in deeskalierendem Umgang mit Konflikten geschult. Und sie ist seltener dem Risiko bewaffneter Gegner ausgesetzt. Wie es dagegen um Polizeieinsätze in Amerika steht, zeigt der Vorfall am New Yorker Time Square von Mitte August: Ein polizeibekannter, farbiger, psychisch gestörter, 51-jähriger „Kiffer“ wird von Polizisten angesprochen; er droht mit einem 15 cm langen Klammesser; über mehrere Häuserblocks wird er verfolgt; Passanten filmen die Szene; Polizei setzt vergeblich einen Pfefferspray ein; dann schießen zwei Beamte zwölf mal auf ihn; er ist sofort tot. Der Polizeichef bezeichnet das als angemessenes, verantwortungsvolles polizeiliches Handeln.